

Kleine Anfrage KA 19/21

Soziallasten Gemeinden: Wird Privatsphäre geschützt?

Am 6. Mai 2021 hat Kantonsrätin Carmen Muffler folgende Kleine Anfrage eingereicht:

«Bereits vor der Gemeindeversammlung in Schübelbach wurden erneut die hohen Soziallasten der Gemeinde ein Thema in den Medien. Besonders zu reden gab das öffentlich gemachte Beispiel einer Familie, deren Kinder durch die KESB fremdplatziert wurden. In der Zeitung wurde Gemeindepräsident Othmar Büeler zitiert, dass diese eine Familie die Gemeinde jährlich Fr. 600 000.- kosten werde. Der Fall wurde dann auch am Abend der Gemeindeversammlung öffentlich diskutiert.

Es ist schon lange nötig, dass wir in diesem Kanton über den Soziallastenausgleich nicht nur sprechen, sondern endlich etwas unternehmen. Es ist jedoch mehr als bedenklich, dass eine Familie auf diese Weise öffentlich an den Pranger gestellt wird, weil sie auf öffentliche Unterstützung angewiesen ist.

Daher ergeben sich folgende Fragen an den Regierungsrat:

1. Was hat der Kanton im Rahmen seiner Oberaufsicht über die Gemeinden unternommen oder wird er unternehmen, damit solche Verletzungen der Persönlichkeitsschutzrechte zukünftig nicht mehr vorkommen?
2. Welche weiteren Massnahmen wären möglich, um die Persönlichkeitsrechte von unterstützungsbedürftigen Personen besser zu schützen?

Ich bedanke mich für die Beantwortung der Fragen.»